

Wahlaufruf des dbb Personalratswahlen 2025

- **Es geht um viel - starke Personalräte wählen!**
- **Arbeitsbedingungen verbessern!**
- **Neue Personalräte mit modernem Personalvertretungsrecht!**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Januar 2025

im Zeitraum 1. März bis 31. Mai 2025 finden in den Verwaltungen des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände und Schulen sowie in den sonstigen Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts Personalratswahlen statt. Es geht um viel. Die Herausforderungen, die die neu zu wählenden Personalvertretungen angehen müssen, sind nicht kleiner geworden. Die Umsetzung der Schuldenbremse im Haushaltsnotlageland Saarland aber auch die Bewältigung der Krisen haben uns alle in den letzten Jahren enorm gefordert. So herrscht in den saarländischen Landesverwaltungen und Schulen derzeit große Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen. Insgesamt sind die Beschäftigten und Beamten im Saarland unzufrieden! Dies ergab eine Online-Kurzbefragung des dbb saar im Sommer 2024, an der sich rund 3.000 Beschäftigte sowie Beamtinnen und Beamten beteiligten haben. Das sind über 15 Prozent des befragten Einzugsbereiches.

Im Ergebnis nehmen über 85 Prozent der Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten ihre aktuelle Arbeitsbelastung als hoch oder sogar als sehr hoch wahr. 72 Prozent sind mit dem Stand der Digitalisierung in ihrem Bereich weniger oder gar nicht zufrieden. Zudem sind 83 Prozent mit der Wertschätzung durch ihren Dienstherrn weniger oder gar nicht zufrieden. Erschwerend kommt hinzu, dass 74 Prozent nicht mit der aktuellen Bezahlung zufrieden sind, und 67 Prozent wissen aktuell nicht, ob sie sich für ihren Beruf nochmals entscheiden würden.

Nach diesem desaströsen Stimmungsbild für die Landesregierung und die öffentlichen Dienstherrn/Arbeitgeber fordert der dbb von der Politik umgehende Konsequenzen, um den großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht zu werden. In der Gesamtbewertung dieses Umfrageergebnisses bleibt festzuhalten, Fachkräftemangel, demografischer Wandel und Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen und Bürgerdiensten bleiben Herausforderungen, für die die Politik, Dienst- und Arbeitgebende bislang unzureichende Lösungen liefern. Zudem hat der Personalabbau als Teil der Umsetzung der Schuldenbremse in den zurückliegenden Jahren dazu geführt, dass der öffentliche Dienst im Saarland auf Kante genäht ist. Im Saarland sind seit 2013 rund 1.800 Stellen abgebaut worden. Die steigende Arbeitsbelastung, die schleppende IT-Unterstützung und die abgehangene Bezahlung belasten weiter den Berufsalltag der Beschäftigten und Beamten. Erschwerend kommt hinzu, dass in den nächsten 10 Jahren rund 27 Prozent des Personals durch Ruhestand und Verrentung ausscheiden, wodurch eine zusätzliche Personallücke entsteht, die man nicht alleine durch mehr Digitalisierung und KI auffangen kann.

Bei der dbb-Bürgerbefragung 2024 durch Forsa halten in der öffentlichen Wahrnehmung 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Staat für überfordert, nur noch 25 Prozent glauben, dass der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Zudem fehlen im öffentlichen Dienst bundesweit gut 570.000 Beschäftigte. Erschwerend kommt hinzu, dass im öffentlichen Dienst ständig neue Aufgaben ohne zusätzliches Personal hinzukommen (z.B. Grundsteuerreform, Beschulung von Migrantinnen- und Flüchtlingskindern sowie weitere zusätzliche Aufgaben in den Bereichen innere Sicherheit und Justiz).

Dieser hohe Standby-Modus, in dem sich die Beschäftigten und Beamten seit 2020 befinden, ist nunmehr zum Dauer-Modus für das reduzierte Bestandspersonal geworden. Dies ist ein unerträglicher Zustand, der von der Politik und den Arbeitgebern zeitnah beseitigt werden muss! Auch wenn die absoluten Beschäftigtenzahlen im ÖD seit einigen Jahren – auch im Saarland - wieder leicht ansteigen, spitzt sich der Personal-, Nachwuchs- und Fachkräftemangel weiter in vielen Bereichen zu. Damit der Staat handlungsfähig bleibt, muss die Politik aus Sicht des dbb umgehend umsteuern. Dabei schlägt der dbb vor, die Schuldenbremse zu flexibilisieren, damit der Staat seine Daseinsvorsorge auch künftig erfüllen kann.

An die Landesregierung gerichtet, sind für den dbb nachfolgende Punkte unter Einbindung der neugewählten Personalvertretungen unabdingbar: Stärkung der Daseinsvorsorge und Prüfung eines strukturellen Personalmangels, Aufgabenanalyse als Daueraufgabe, keine zusätzlichen Aufgaben ohne zusätzliches Personal, Masterplan für Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung, Beschleunigung einer flächendeckenden Digitalisierung in den Verwaltungen und Schulen. Darüber hinaus erwarten die Beamtinnen und Beamten eine amtsangemessene Alimentation, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) und nicht der Haushaltsslage des Landes entspricht. Hierzu erwartet der dbb in 2025 eine Entscheidung des BVerfG.

Starke Personalräte mit modernem Personalvertretungsrecht

Das aus dem Jahre 1973 stammende Saarländische Personalvertretungsgesetz war schon lange nicht mehr zeitgemäß und deshalb ungeeignet die Arbeitsprozesse der Personalvertretungen und Arbeitgeber/Dienstherren sowie die personalvertretungsrechtlichen Beteiligungen weiterzuentwickeln. Die massiven Änderungen in der Arbeitswelt, die stetig fortschreitende Arbeitsverdichtung, der demografische Wandel und nicht zuletzt die Digitalisierung haben deshalb eine umfassende Novellierung des Personalvertretungsrechts erforderlich gemacht. Auf Vorschlag des dbb wurden die Gewerkschaften von Anfang an in den Novellierungsprozess des SPersVG eingebunden. Mit dem neuen SPersVG, das seit Dezember 2024 in Kraft ist, können nunmehr die anstehenden Personalratswahlen von März bis Mai 2025 nach dem neuen Recht durchgeführt werden. Zudem erhalten die neu gewählten Personalräte bei den großen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft geeignete Instrumente, damit sie auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern/Dienstherren ihren gesetzlichen Auftrag zur Interessenwahrnehmung im Sinne der Beschäftigten erfüllen können.

Kompetente und verlässliche Kandidatinnen und Kandidaten wählen!

Klar ist aber auch, nur mit einer hohen Wahlbeteiligung erhält der Personalrat das notwendige Gewicht, um in Verhandlungen mit der Dienststelle erfolgreich bestehen zu können. Überlassen Sie nichts dem Zufall. Nehmen Sie Einfluss auf die Zusammensetzung Ihrer Interessenvertretung und somit auch auf die personellen, sozialen und organisatorischen Bedingungen in Ihrer Dienststelle oder Schule. Entscheiden Sie sich für eine sachliche und sachverständige Personalratsarbeit und wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der Fachgewerkschaften und Lehrerverbänden des dbb! Diese werden kontinuierlich, sachlich und praxisnah geschult und können auf die Unterstützung ihrer Fachgewerkschaften und Lehrerverbände und des dbb als gewerkschaftliche Spitzenorganisation und gewichtiger Tarifpartner bauen. Sie stehen Ihnen in den Dienststellen und Schulen zur Verfügung.

